

Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 in Chemnitz

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik. Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen. Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Sachsen. **Seite 3**

Rico Gebhardt



Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ... **Seite 8**

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Nico Brünler

kandidiert im Wahlkreis Chemnitz 1 und macht sich stark für ein gerechtes Sachsen. **Seite 3**

Susanne Schaper

bewirbt sich im Wahlkreis Chemnitz 2 und meint: »Chemnitz ist kein Mauerblümchen.« **Seite 4**



Klaus Bartl

kämpft im Wahlkreis Chemnitz 3 um ein Direktmandat. Sein Thema bleibt die Gerechtigkeit. **Seite 5**

Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten. Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen. Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind. Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohten neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsen ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.



Weil Kinder Zeit brauchen

Seit über zwei Jahren wenden sich immer wieder Eltern und Erzieher/-innen an Chemnitzer Stadträte und Landtagsabgeordnete. Sie kritisieren – zu Recht – die schlechte Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen: Die Gruppen sind mit meist 18 Kindern überfull, es ist zu wenig Zeit für die Vor- und Nachbereitung da, die Krankenstände sind hoch, liegengebliebene Arbeit am Wochenende zu erledigen, ist der Regelfall, und es gibt keinen Lohnausgleich bei Fortbildung. All diese Probleme gehen zu Lasten der Kinder, weil zu wenig Zeit bleibt für individuelle Förderung. Die Kommunen können da wenig tun. Hauptakteur ist

der Freistaat. Aber anstatt einzusehen, dass der bundesweit drittschlechteste Betreuungsschlüssel kein Ruhmesblatt ist, ist für CDU und FDP alles in Ordnung. Lediglich die Kostenpauschale wollen sie 2015 um 185 Euro anheben. Dies bringt aber nur Entlastung bei den Betriebskosten, nicht bei der Qualität in den Kitas. DIE LINKE wird sich auch zukünftig für eine Verbesserung der Situation einsetzen. Aktuell beantragen wir ab 2015 die Bezahlung von zwei Stunden Vor- und Nachbereitungszeit und die Einbeziehung der Fortbildungstage. Langfristiges Ziel ist und bleibt die Herabsetzung des Betreuungsschlüssels. Weil Kinder eben Zeit brauchen.

Für ein gerechtes Sachsen

Auf deinen Plakaten steht »Für ein gerechtes Sachsen«. Was meinst du damit?

Momentan verdient rund ein Drittel der sächsischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt mit Mini-Jobs, Leiharbeit, in Scheinselbstständigkeit oder ist arbeitslos. Die Löhne in Sachsen sind – auch im Vergleich mit anderen ostdeutschen Ländern – niedrig. CDU und FDP sagen, dass dies ein wirtschaftlicher Vorteil ist. Ich meine, dass es einfach ungerecht ist, wenn jemand so wenig verdient, dass er kaum seine Familie über die Runden bringen kann.

Aber schaffen nicht Unternehmen eher Arbeitsplätze, wenn sie weniger Personalkosten haben?

Würden nicht viele Betriebe pleite gehen, wenn die Löhne spürbar steigen? Wenn man dieses Argument auf die Spitze treibt, dann sollten am besten gar keine Löhne gezahlt werden, um die Betriebe zu entlasten. Das ist natürlich Blödsinn. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Viele kleine lokale Dienstleistungsbetriebe würden gern mehr zahlen, wenn sie mehr Kunden hätten. Das geht nur, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung steigt. Andere Betriebe klagen über Fachkräftemangel, weil Sachsen für viele gut qualifizierte keine attraktiven Verdienstmöglichkeiten bietet.

Kann die Politik in Sachsen etwas dagegen machen?

Jede Menge. Ein erster Schritt wäre zum Beispiel die Umgestaltung öffentlicher Ausschreibungen. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Betriebe gehen, die definierte Sozial- und Umweltstandards einhalten. Bisher passiert oft das Gegenteil; die Gemeinden und der Freistaat gehören zu den größten Preisdrückern. Nicht immer ist das billigste Angebot das beste!

Viele Städte klagen aber, dass sie selbst knapp bei Kasse sind...

Eine Erhöhung der sächsischen Investitionsbeihilfen könnte hier Abhilfe schaffen und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern.

Aber ist es nicht sinnvoll, mit Steuergeldern eher sparsam umzugehen?

Es geht ja nicht darum, Geld für sinnlose Dinge auszugeben. Aber wenn Städte und Gemeinden nicht mehr in Schulen, Brücken oder Freibäder investieren können, verfallen diese. Das wird langfristig eher noch teurer, oder die Dinge stehen künftigen Generationen einfach nicht mehr zur Verfügung. Von den fehlenden Aufträgen für lokale Handwerker ganz zu schweigen.

Trotzdem müssen ja auch Steuergelder vorher erwirtschaftet werden...

... und dazu brauchen wir innovative Unternehmen und keine Betriebe, die nur dadurch konkurrenzfähig sind, dass sie schlechte Löhne zahlen. Um Erfindungen und Technologien zu fördern, sollten auch weiterhin Beihilfen gezahlt werden. Was spricht dagegen, diese als erfolgsabhängige Darlehen oder mit Gewinnbeteiligung für den Freistaat Sachsen zur Verfügung zu stellen? Dadurch würden mittelfristig mehr Fördermittel zur Verfügung stehen und gleichzeitig das Land entlastet werden.

Du hast gesagt, dass in einigen Bereichen schon jetzt über fehlende Fachkräfte geklagt wird. Woher sollen diese in Zukunft kommen?

Mit einem Landesarbeitsmarkt- und Qualifizierungsprogramm könnte man auch hier Abhilfe schaffen. Es ist nahezu widersinnig, auf der einen Seite über

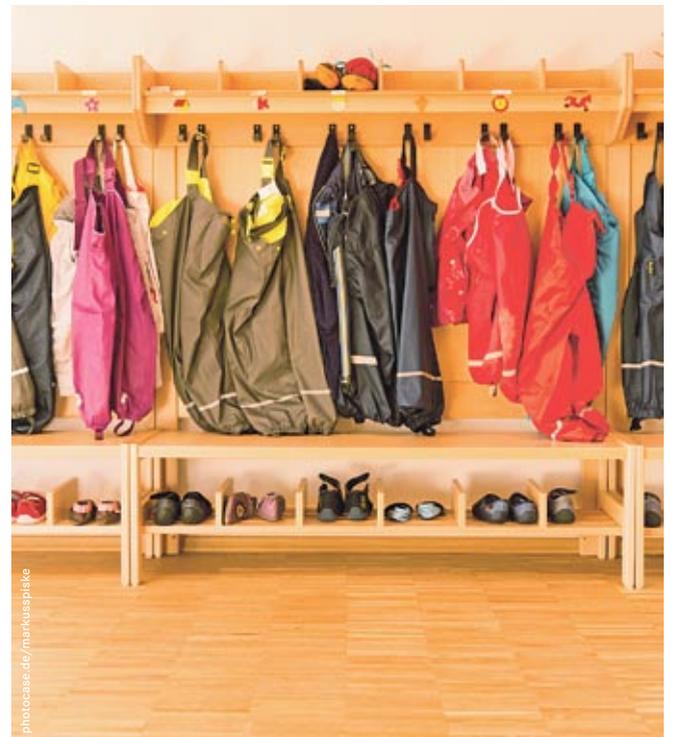
Arbeitskräftemangel zu klagen, während auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit immer noch relativ hoch ist.



Nico Brünler

Direktkandidat für DIE LINKE im Wahlkreis 10 – Chemnitz 1

Er wurde 1975 im damaligen Karl-Marx-Stadt geboren. Nach dem Abitur studierte er Wirtschaftswissenschaften und erwarb zwei Abschlüsse als Diplom-Betriebswirt und Diplom-Volkswirt. Dabei wollte er verstehen, wie die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Gesellschaft funktionieren und sich nicht damit abfinden, dass der Kapitalismus die Menschen ständig in Gewinner und Verlierer teilt. Im Anschluss an sein Studium war er mehrere Jahre in einer Chemnitzer Gießerei im Bereich der Unternehmensplanung und des Rechnungswesens tätig. Derzeit arbeitet er als Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Michael Leutert. Seit 1997 ist Brünler parteipolitisch aktiv. Während seines Studiums war er Mitbegründer einer linken Hochschulgruppe, 2006 wurde er Stadtvorsitzender der Chemnitzer LINKEN. Nico Brünler ist in mehreren Chemnitzer Vereinen und Projekten engagiert, darunter in der Bürgerinitiative Morgenleite/Markersdorf-Nord, deren stellvertretender Vorsitzender er ist.



Anja Klotzbücher

»Groß geworden« bin ich in bildungspolitischen Zusammenhängen wie dem Kreis-schülerInnenrat Chemnitz und dem LandesschülerInnenrat Sachsen. Dort habe ich mich bereits mit Themen wie Unterrichtsausfällen und dem Schulleben beschäftigt und habe bei den Bildungsdemonstrationen und Aktionstagen gegen Lehrermangel mitgewirkt. Nebenbei machte ich es mir zur Aufgabe, im Rahmen von Kinder- und Jugendarbeitsprojekten junge

Menschen mit politischen Prozessen vertraut zu machen und für politische Partizipation zu begeistern. Jetzt möchte ich mich neuen Herausforderungen stellen und mich mit veränderten Möglichkeiten auf einer anderen Ebene einbringen. Vielleicht nicht in Nadelstreifenanzug und Krawatte, vielleicht unbedarfter als eine Vielzahl der anderen Politikerinnen und Politiker – aber genau das kann auch eine Bereicherung sein! Nur so können wir lachen und verändern, denn auch wenn es nur ein Staubkorn ist, das seine Richtung ändert: Verrat an ihm wäre es, wenn wir es nicht versuchten.

Anja Klotzbücher (19) kandidiert als junge Kandidierende der Linksjugend auf der Landesliste der LINKEN Sachsen. Sie studiert derzeit Geschichte und Soziologie und beschäftigt sich politisch mit den Themen Bildung, Schule, Partizipation und Jugendpolitik.



»Chemnitz ist kein Mauerblümchen«

Wieso kandidierst du für DIE LINKE?

Ich engagiere mich bereits seit meinem 16. Lebensjahr, zuerst für die PDS und jetzt für DIE LINKE. Ich habe seither in verschiedenen Positionen ehrenamtlich Verantwortung übernommen. Seit 2009 auch als Stadträtin in der Fraktion der LINKEN und jetzt als ihre Vorsitzende. Die Erfahrungen, die ich dabei sammeln konnte, sind für mich unschätzbar und haben einen großen Einfluss auf mein Leben.

Welcher Probleme möchtest du dich im Landtag annehmen?

Als Krankenschwester konzentriere ich mich fachlich und inhaltlich auf die Gesundheitspolitik. Auf diesem Gebiet engagierte ich mich bereits als Stadträtin, stieß aber immer wieder an Grenzen. Was man in der Kommune erreichen kann, ist in erheblicher Weise abhängig von der Weichenstellung im Land. Da möchte ich ansetzen, das reizt mich.

Der Bereich der Gesundheitspolitik betrifft jeden Menschen.

Was willst du angehen?
Es wird stets an der finanziellen Schraube des öffentlichen Gesundheitsdienstes gedreht. Dabei sind Prävention und Gesundheitsfürsorge unerlässlich und müssen weiter ausgebaut werden.

Kannst du da ein aktuelles Beispiel nennen?

Gesundes Essen für unsere Kinder in den Kitas und Schulen muss ein Schwerpunkt unserer Politik sein. In den verschiedensten Studien zur Gesundheit wurde festgestellt, dass die Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Essstörungen, Übergewicht und Adipositas deutlich steigen, auch in Hinblick auf Alltagsarmut ist das ein sehr beeindruckendes Studienergebnis. Hier gilt es gegenzusteuern. Der Freistaat muss sich aktiv an der Finanzierung der Essensversorgung be-

teiligen, damit gesundes Essen für alle Kinder bezahlbar wird!

Du hast immer die Kommerzialisierung von Gesundheit angeprangert.

Ja, das ist wichtig. Mit dem Gut Gesundheit darf kein Kommerz betrieben werden. Eine Privatisierung des Rettungsdienstes und Kommerzialisierung des Notarztdienstes darf es nicht geben. Es kann nicht sein, dass die Vergabe an Rettungsdienstanbieter nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Auch das breite Feld der ehrenamtlichen Arbeit der Hilfsorganisationen muss Berücksichtigung finden. Der Mensch muss immer zuerst kommen. Aber nicht nur der Rettungsdienst ist gefährdet. Wir haben hier mit dem Klinikum Chemnitz nicht nur einen der größten Arbeitgeber der Region, sondern auch ein hochqualifiziertes Krankenhaus der maximalen Versorgung. Gemeinsam mit den anderen Häusern der Region sichert es den Chemnitzerinnen und Chemnitzern wohnortnahen Zugang und das rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr.

Das Klinikum Chemnitz GmbH als kommunales Unternehmen ist ein elementarer Bestandteil der Daseinsfürsorge und muss vor Privatisierung geschützt werden. Der Freistaat Sachsen muss für Krankenhäuser schnell Rahmenbedingungen schaffen, die es diesen ermöglichen zu investieren, um die Qualität sichern und steigern zu können. Das gilt natürlich nicht nur für die Investitionskosten, sondern auch für die Krankenhausfinanzierung. Von einem öffentlich getragenen Haus muss der Mitarbeiter eine tarifgerechte Bezahlung erwarten können, in Verbindung mit Arbeitsplatzsicherheit und der Chance auf Weiterbildung. Auch das Angebot der Kinderbetreuung und neue Arbeitszeitmodelle spielen eine Rolle. Nur so ist es möglich, ärztliche und nichtärztliche Fachkräfte zu gewinnen und lokal zu binden. Der demographische Wandel ist

in aller Munde. Wer in Sachsen den drohenden Pflegenotstand verhindern will, sollte nicht dabei stehen bleiben, dass den Pflegekräften mehr Wertschätzung entgegengebracht werden muss. Vielmehr geht es um eine wesentliche Anhebung der Löhne, um die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation und generell um Arbeiterleichterungen. Das ist aber nur zu erreichen, wenn endlich die Pflegesätze, die in Sachsen die niedrigsten in ganz Deutschland sind, angehoben werden. Und das erfordert, dass sich die Staatsregierung nicht nur in eine Moderationsrolle zurückzieht, sondern dass finanzielle Zuschüsse aus dem Landeshaushalt fließen müssen.

Als Mutter von drei Kindern ist für dich auch das Thema Schule interessant?

Ja sehr. Die Schule ist in einer kommunalen Struktur, egal wie klein diese ist, sehr wichtig. Schwierig finde ich derzeit die Diskussion darüber, dass aus Gründen des Lehrermangels Klassenstufen zusammgelegt werden sollen. Dass wir das in den Nachkriegsjahren abgelegt haben, war eine große Errungenschaft.

Aber wenn in manchen Gegenden die Mindestschülerzahl einer Klassenstufe nicht erreicht wird?

Wenn Kinder in Nachbargemeinden zur Schule gehen müssen, dann müssen die Kosten der Schülerbeförderung vom Frei-

staat übernommen werden. Ich will verhindern, dass der Freistaat durch seine verfehlte Bildungspolitik die Kommunen aus Kostengründen zu Schulschließungen zwingt. Für mich gilt das Motto »Kurze Wege für kurze Beine«, und bei Schulschließungen muss der Freistaat gezwungen werden, die Folgekosten der Schülerbeförderung vollständig zu ersetzen. Es kann grundsätzlich nicht länger hingenommen werden, dass die Kommunen finanziell immer mehr belastet werden, weil Bund und Freistaat trotz Steuermehreinnahmen ihren Verpflichtungen immer weniger nachkommen! Die Kommunen werden immer mehr in die Situation der Ausfallbürgschaft für die verfehlte Landespolitik gedrängt. Denn Geld ist genug da. Es geht um eine andere Verteilung.

Das Mandat im Stadtrat ist rein ehrenamtlich. Wo engagierst du dich noch ehrenamtlich?

Ich bin unter anderem Mitglied bei der Hilfsorganisation Deviemed. Seit mehreren Jahren fliege ich mit Deviemed nach Vietnam.

Was macht ihr da?

Wir operieren dort Kinder mit Lippen-, Kiefer-, Gaumenspalten. Diese Missbildung kommt dort sehr gehäuft vor, als Folge des Vietnamkrieges und der Mangelernährung. Die Babys und Kinder sind sehr auf diese Hilfe angewiesen, da ihnen so das Überleben und ein Leben ohne

soziale Ausgrenzung ermöglicht wird. Das ist für mich gelebte Solidarität, die ich in einer Gesellschaft für ganz wichtig halte. Ich bin dankbar, dass ich durch meinen Beruf etwas für mich so Wertschöpfendes tun kann.

Und zum Schluss?

Chemnitz ist die drittgrößte Stadt in Sachsen, sie vertritt eine wirtschaftlich starke Region und prägt als Tor zum Erzgebirge ganz wesentlich die sächsische Kultur. Das muss im Landtag zur Geltung gebracht werden. Chemnitz ist kein Mauerblümchen. In Chemnitz wohnen, arbeiten und leben viele innovative und kreative Köpfe. Ich bin hochmotiviert und möchte mich für meine Heimatstadt und die Chemnitzerinnen und Chemnitzer im sächsischen Landtag in Dresden einsetzen. Ich bitte um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen!



Susanne Schaper

(36) kandidiert als Direktkandidatin im Wahlkreis 11 – Chemnitz 2 für DIE LINKE. Die examinierte Krankenschwester ist verheiratet und hat drei Kinder. Ihre Familie sieht sie als ihre größte Kraftquelle und Unterstützung. Mit den Kindern, ihrem Mann und ihren Eltern bewohnt sie in Chemnitz ein Haus. Auch für sie engagiert sie sich politisch für eine friedliche Welt, in der – wie sie sagt – »der Zugang zur Bildung nicht vom Geldbeutel abhängt, in der soziale Gerechtigkeit herrscht und Meinungsfreiheit sowie Bürgermitbestimmung praktisch erlebbare Verfassungswerte sind«.



Gerechtigkeit ist wählbar, Erfahrung auch!



Warum gerade der Wahlspruch »Gerechtigkeit ist wählbar, Erfahrung auch«?

Weil ich meine, dass Politik wieder zu ihrer eigentlichen Aufgabe zurückkehren sollte, nämlich gesellschaftliche Problemlagen aufzunehmen und sie im Sinne einer solidarischen und gerechten Gesellschaft zu lösen.

Und welche Erfahrung wählt man mit Klaus Bartl?

Sowohl meine Lebens- als auch meine parlamentarische Erfahrung als Abgeordneter seit 1990. Es ist ein unschätzbare Vorteil, wenn man weiß, wie ein Parlament tickt, wie man Dinge, wo Druck vonnöten ist, am besten in die Öffentlichkeit transportiert und welche Partner man außerparlamentarisch braucht, um etwas zu erreichen.

Warum kandidieren Sie erneut?

Weil noch vieles unerledigt ist, das mir am Herzen liegt. Und weil mich viele Menschen, nicht nur aus meiner Partei, auch aus Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und berufsständischen Organisationen, mit denen ich auf meinen Fachgebieten und hier in Chemnitz zusammenarbeite, darum gebeten haben. In über 20 Jahren Parlamentsstätigkeit sind vielfältige Vernetzungen und Kontakte entstanden.

Was sind Ihre ersten Politikangebote im neuen Landtag?

Eine sofortige Parlamentsinitiative, die sichert, dass sich Sachsen vehement für die tatsächliche, bislang nur vom Bundesrat per Gesetzentwurf am 13. Juni 2014 beschlossene Verlängerung und am besten Unbefristung des besonderen Kündigungsschutzes für Nutzungsrechte an Erholungsgrundstücken einsetzt, der sonst am 3. Oktober 2015 ausläuft. Dann gingen, wie 2006 schon bei Garagen, die zu DDR-Zeiten errichteten Wochenendhäuser (Datschen) an den Alteigentümer des Bodens über. Ja, und dann wollen wir als LINKE dringende Verfassungsänderungen erneut aufrufen, z. B. was die Installation tatsächlich aktiver Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen und in allen Facetten betrifft.



Sie sind auch noch Anwalt, reichen Ihnen die Aufgaben im Landtag nicht?

Im Gegenteil, der Tag könnte manchmal 48 Stunden haben! Aber ich bewahre mir den Anwaltsberuf, weil man als »Nur-Politiker« Gefahr läuft, irgendwann abzuheben. Als Anwalt hingegen ist das Leben konkret. Die Konflikte, auf die ich hier stoße, sind ein Schlag-

licht auf die Politik, die ich im Landtag beeinflussen will.

Wofür wollen Sie in Ihrem Wahlkreis bessere Rahmenbedingungen erstreiten?

Zunächst auf Landesebene zu erzwingen, dass die Kommunen mehr Mittel für Kultur, Sport, Soziales, Jugend, Bildung erhalten, damit kommunale Selbstverwaltung tatsächlich funktionieren kann. Ebenso muss endlich der Hilferuf aus Justiz, Polizei, Strafvollzug, Feuerwehr, dem Rettungsdienst usw. erhört werden nach solch materieller und personeller Ausstattung, die eine vernünftige Arbeitsfähigkeit im Bürgerinteresse garantiert. An allzu vielen Fronten spart die Landesregierung derzeit ideenlos kaputt. Betroffen ist z. B. auch die für Strafverfolgung und Opferschutz so immens wichtige Chemnitzer Rechtsmedizin.

In Ihrem Wahlkreis gibt es viele eingemeindete Ortschaften...

Richtig. Gerade deren Problemlagen muss mit Respekt begegnet werden. Grundvoraussetzung ist für mich die Stärkung der Rechte von Ortschaftsräten. Auch die dort gelegenen kleinen Grundschulen müssen erhalten bleiben. Und da wir gerade bei Bildung sind: Wir fordern mehr Lehrereinstellungen, damit wenigstens die Grundversorgung an den Schulen gesichert ist, Schüler nicht umhergeschoben werden, um Klassen bis zur Höchstgrenze zu füllen. Unser durch CDU und FDP gerade abgelehntes Gesetz zur kostenlosen Schülerbeförderung muss neu eingebracht werden.

Gibt es auch konkrete Probleme im Wahlkreis mit landespolitischer Relevanz?

Auf alle Fälle. Die TU liegt in meinem Wahlkreis. In der Mittelzuweisung wird sie meines Erachtens stiefmütterlich behandelt. Auch den Studentenwerken und Studierenden-



schaften fehlt Finanzierungssicherheit. Die Tatsache, dass wissenschaftliches Personal an den Unis in der Regel nur noch kurz befristete Arbeitsverträge erhält, ist unannehmbar. Beseitigt werden muss z. B. auch schnellstens die entstandene Lärmbelastung in Kleinolbersdorf-Altenhain durch den Neubau der B 174.

Hat das alles zu erreichen Aussicht auf Erfolg?

Das hängt auch vom Wahlergebnis ab. Im Übrigen lautet meine Lebensmaxime aus einem zweigeteilten Leben vor und nach der Wende: »Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerstandslos hinnehmen!«



Klaus Bartl

Direktkandidat im Wahlkreis 12 - Chemnitz 3

Geboren 1950 in Oberwiesenthal, machte Klaus Bartl sein Abitur und den Facharbeiter für Agrotechnik, bevor er den NVA-Grundwehrdienst leistete. Er arbeitete als Bauarbeiter und absolvierte ein Jura-Studium an der Humboldt-Universität in Berlin. Er wurde Staatsanwalt, 1979 erfolgte die Delegation in die SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt als politischer Mitarbeiter. Ab 1986 war er Abteilungsleiter für Staats- und Rechtsfragen. Zur »Wende« stellte er sich seiner Verantwortung als Vertreter seiner Partei am Runden Tisch. Er arbeitete danach als parlamentarischer Berater der PDS-Fraktion der letzten Volkskammer, wurde Vorsitzender des neu gegründeten PDS-Landesverbandes Sachsen und Fraktionsvorsitzender im ersten Sächsischen Landtag. Bis heute gehört er dem Sächsischen Landtag an und arbeitet als Rechtsanwalt. Klaus Bartl ist verheiratet, hat drei Kinder und ein Enkelkind. Doch eigentlich meint er: »Biografische Daten sind lediglich Lebensskizzen. Wie ehrlich man gelebt hat, können nur Lebenszeugen berichten.«

Das sagen andere über Klaus Bartl:

Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag »Klaus Bartl gehört in den Landtag, weil jemand wie er, der Bedrängten zu ihrem Recht verhilft, am besten weiß, wie man Gesetze verändern muss, damit sie besser werden.«

Justin Sonder, Ehrenvorsitzender des VVN-BdA Chemnitz, Überlebender des KZs Auschwitz »Klaus Bartl ist ein ehrlicher und aufrichtiger Mensch, der zutiefst antifaschistisch fühlt und handelt.«

Hans Modrow, DDR-Ministerpräsident 1989 bis 1990 »Ob im Plenar- oder Gerichtssaal: Klaus Bartl ist eine Stimme für Gerechtigkeit, die unbedingt in den Landtag gehört.«

Täve Schur, Radsportlegende »Klaus Bartl hat seine Ausdauer und Hartnäckigkeit nicht nur auf Radtouren unter Beweis gestellt, sondern auch als Vorsitzender des Sachsenumpf-Untersuchungsausschusses.«

Plädoyer für Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist für mich ...

■ die dringend notwendige Rückkehr des Staates zu sozialer Verantwortung

■ wenn die Verantwortlichen für den Crash der Sächsischen Landesbank, dessen Milliarden-schaden die sächsischen Steuerzahler noch lange abtragen müssen, nicht weiterhin strafflos gestellt bleiben

■ wenn nicht länger Verfassungsschutz- und Polizeibeamte, die die Vorgänge um den sogenannten Sachsen-sumpf aufklären, und Opferzeugen, die das unterstützten wollten, sowie Journalisten, die darüber berichteten, mit Prozessen überzogen, sondern jene in Politik und Justiz zur Rede gestellt werden, die eine tatsächliche Aufarbeitung aus Staatsräson behinderten

■ wenn nicht Menschen mit Zivilcourage, die sich Nazis entgegenstellen, sächsischer Strafverfolgung ausgesetzt werden, sondern die Protagonisten rechter Hetze, angefangen bei Unterstützern des NSU-Terrornetzwerkes

■ wenn sächsische Behörden, Polizei und Justiz endlich wieder so strukturiert und ausgestattet würden, dass sie tat-

sächlich in die Lage versetzt werden, dem Bürgerwohl zu dienen

■ wenn die verschiedensten Ehrenämter, etwa im Bereich der Rechtsprechung, der sogenannten »Blaulichtbereiche« (Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) oder der therapeutischen Hilfe eine größere Wertschätzung erfahren.

Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



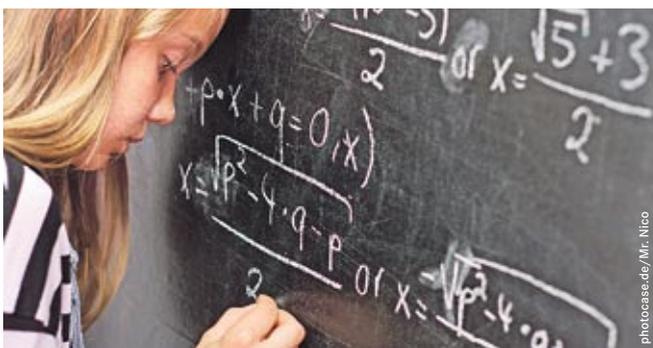
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika			Seeorelle	2	8	1 5	14							
ind. Bundesstaat				5 1	3	4 8	Kinderbuchgestalt bei Kästner							
gedankl. Gehalt				7	6 3	2 4	Satz von Dingen							
	6			3 4	2 5	8 7								
Wildpflege		LINKE-Spitzenkandidat		8 2	4 7		3							
				8	4	3	9 2							
				7 3	2		4							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staatshausplan	1	Barockbau in Dresden	Zeremonie	Nordosteuropäer							
					asiat. Meerrettich Folge		7							
							randlose Kopfbedeckung							
							4							
Redekunst	11					Handlung								
						Zahl								
alt nord. Prosa					Schwimmvogel		Tag (span.)							
Bruder d. Falmir					ital. Autor		jap. Urbevölkerung							
		Backmasse				Einfall	13							
Berliner Spitzname	5				Nischstadt									
Gattung														
		Nebenfluss der Maas				jap. Friedensnobelpreisträger	TROLL							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 in Chemnitz, Auflage: 65 000
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 32 70
www.dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH